Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Präsident
des Landtags NRW
Herrn André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE
VORLAGE
17/ 486
A6

22. Januar 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

anbei übersende ich Ihnen den erbetenen Bericht zu den Europe Direct Informationszentren für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Postanschrift:
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de

Bericht

des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales für den Ausschuss Europa und Internationales zum Thema

Neue Förderperiode der Europäischen Kommission für die Europe Direct Informationszentren (EDICs) von 2018 bis 2020

(Januar 2018)

Die Europäische Kommission (KOM) finanziert EU-weit Europe Direct Informationszentren (EDIC), die dezentral und vor Ort Informationen über die Europäische Union und die damit verbundenen Chancen vermitteln. Die EDIC bieten zu diesem Zweck Veranstaltungen, Beratungsgespräche, Informationsmaterialien etc. an. Für die europapolitische Kommunikation sind die EDIC daher wichtige Multiplikatoren, die Themen auf Basis ihrer Kenntnisse und Netzwerke mit regionalem Bezug umsetzen. Dieses Wissen und Know-how sind wichtige Informationsquellen für Bürgerinnen und Bürger über Europa.

Um den Handlungsspielraum der EDIC zu vergrößern, hat die Kommission ihnen in der neuen Förderphase ermöglicht, mehr finanzielle Mittel zu beantragen. Der finanzielle Gesamtansatz für Deutschland wurde seitens der KOM hingegen nur unwesentlich erhöht. Das führt dazu, dass 2018 bis 2020 deutschlandweit weniger EDIC gefördert werden können als in der Förderphase zuvor. Insgesamt wurde so die Anzahl der EDICs von 55 auf 41 reduziert. Nahezu alle Flächenländer haben Streichungen hinnehmen müssen. So hat Nordrhein-Westfalen gut 40 Prozent seiner EDICs verloren (von elf auf sechs), gleiches gilt für Niedersachsen (von sieben auf vier). Schleswig-Holstein hat sogar 50 Prozent verloren.

Nach der Veröffentlichung der Ausschreibung im Juni 2017 für die neue Förderperiode hat sich die Landesregierung zusammen mit der Ländergemeinschaft im Rahmen der Europaministerkonferenz (EMK) für den Erhalt der bestehenden EDIC, dem Erhalt des Angebots in der Fläche, eine bessere finanzielle Ausstattung

und weniger bürokratische Lasten für die EDIC ausgesprochen. Die einstimmig beschlossenen Forderungen wurden vom EMK-Vorsitzland Niedersachsen an den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker adressiert. Zudem wurden die Bundesregierung und alle deutschen Europaparlamentarier dazu aufgerufen, die Linie der Europaminister im Interesse eines breiten Informationsangebots über Europa für die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Die Europäische Kommission wurde aufgefordert, der Europaministerkonferenz die Ergebnisse der abgeschlossenen aber bislang nicht veröffentlichten Konsultation zur Weiterentwicklung der EDIC ab 2018 vorzulegen. Im Antwortschreiben der Kommission wurde dann auf die Bedeutung der EDIC in Europa hingewiesen und der Wunsch der Kommission, das EDIC-Netzwerk zu verbessern, unterstrichen. Im Namen der Bundesregierung sagte Bundesminister Sigmar Gabriel Mitte Dezember 2017 gegenüber der Europaministerkonferenz schriftlich zu, sich für die deutschen EDIC einzusetzen. Auch aus dem Europäischen Parlament gab es Signale zur Unterstützung der Forderungen der Europaminister.

Auf Arbeitsebene hielt die Landesregierung Kontakt zu den EDIC-Antragstellern aus Nordrhein-Westfalen und informierte sie über die o.g. politischen Schritte zur Unterstützung des EDIC-Netzwerks in Nordrhein-Westfalen. Hierfür erhielt sie Dank seitens der Antragsteller.

Die Landesregierung hat nach Bekanntwerden der Entscheidung der Kommission die Mitglieder des Landtags, die nordrhein-westfälischen Mitglieder des Bundestags und des Europaparlaments angeschrieben und über das ausgedünnte Informationsangebot der Kommission im Land informiert. Zugleich wurden sie gebeten, sich für eine Verbesserung der Situation in der nächsten Förderperiode einzusetzen und dahingehende politische Anstrengungen der Landesregierung zu unterstützen.

Ungeachtet der Entscheidung der Kommission wird die Landesregierung weiterhin den Kontakt zu den aktuellen wie den ehemaligen Trägern der EDIC halten. Gemeinsam mit den EDIC soll überlegt werden, wie das Land die Vernetzung der Zentren unterstützen kann und wie gemeinsame Projekte für die Information der Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens über Europa umgesetzt

werden können Für die Landesregierung ist und bleibt Ziel ihrer Initiativen, einen Beitrag zur Steigerung des Europagedankens in der Gesellschaft zu leisten.